Unser sehr produktiver Hinweisgeber Orlando Pascheit hat einige Beiträge zum Thema zusammengestellt und kommentiert. Wir dokumentieren diese zu ihrer gefälligen Information und Diskussion. Albrecht Müller

Die Dokumentation beginnt mit dem Beitrag des FDP-Generalsekretärs Christian Lindner im Tagesspiegel:

> **Ungleichheit ist besser**
> Selten ist eine wissenschaftliche Veröffentlichung politisch so euphorisch begrüßt worden wie die Studie „Gleichheit ist Glück“ der britischen Wissenschaftler Kate Pickett und Richard Wilkinson. Sie plädieren für einen neuen Egalitarismus. Der Versuch des Buchs, den Vorrang der Gleichheit vor der Freiheit wissenschaftlich zu belegen, ist gescheitert. Zahlreiche Rezensenten haben methodische Zweifel angemeldet, weil die Vergleichsländer willkürlich ausgewählt wurden und mit der Einkommenssituation nur eine Variable untersucht wird. Aktuelle Untersuchungen des „Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt“ zeigen auch, dass es keine Verbindung zwischen Zufriedenheit und Gleichheit gibt. Auch die ungebrochene Attraktivität der USA als Einwanderungsland mit hoher sozialer Ungleichheit lehrt uns: Menschen verbinden Glück, Fortschritt und Lebenschancen nicht mit Gleichheit – sondern mit Freiheit. Um diese Freiheit sorgen sich Liberale.
> Quelle: Tagesspiegel

Dazu die Anmerkung von Orlando Pascheit:

Viele Bürger tendieren dazu, Politiker für dumm und unwissend zu halten, weil sie sich kaum vorstellen können, dass diese auf ahnungslos machen. Dieser Auffassung ist der Doyen der Österreichischen Wirtschaftswissenschaften, Kurt W. Rothschild, wie folgt entgegen getreten: „Dumme kann man gescheit machen. Aber wenn einer ein Interesse hat, da können Sie sich tot reden, der ist gescheit genug zu wissen, was sein Interesse ist und was nicht“. Der Generalsekretär der FDP ist nicht dumm und nicht unwissend, er leugnet schlicht, was ihm in seinem Studium der Politikwissenschaften, der Philosophie nicht entgangen sein kann. Für die Moderne steht der Wahlspruch: liberté, égalité, fraternité. Und nicht umsonst steht Freiheit an erster Stelle, was nachfolgenden Autoren durchaus bewusst war. So formulieren die Autoren des „Kommunistischen Manifests”, Sozialismus sei “eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.” Ausgangspunkt ist die Freiheit des Einzelnen. Wo möchte der

Magister der Politikwissenschaften eine „Philosophie der Gleichheit“ verorten? Leider lässt er sich darüber nicht näher aus.

Worum geht es heute? Weltweit ist eine zunehmende Tendenz zur Ungleichheit zu beobachten. Der Akteur dieser Entwicklung ist ein grenzüberschreitender Geldadel, der mit einer Heerschar von hörigen Managern und Politikern seinen Abstand zur Mehrheit der Bevölkerung halten und ausbauen möchte und damit die Chancen eines jeden von uns, sich nach seinen Fähigkeiten zu entwickeln, schmälert – bis hin zu dem Skandal, dass die Meisten gar nicht mehr dazu kommen, sich zu fragen, was ihre Fähigkeiten seien.

Lindner steht im Dienst dieser Plutokratie. Wie kann er sonst derart hinter die Auffassung eines Urliberalen wie Adam Smith zurückfallen? Es bleibt nur die Erklärung: seine ureigensten Interessen sind ganz andere. Smith ging es um die Benachteiligten, die Armen, wenn er für den intervenierenden Staat eintrat. So schrieb er: “When the regulation is in favor of the workmen, it is always just and equitable; but it is sometimes otherwise when in favor of the masters.” Er trat für eine Besteuerung der Reichen ein: “It is not very unreasonable that the rich should contribute to the public expense, not only in proportion to their revenue, but something more than in that proportion”. Lindner widmet den ganzen letzten Absatz dem vulgären Marktliberalismus, der da heißt: der Markt mache den Menschen frei. Dies hat Adam Smith nie behauptet, er beobachtete die Tendenz freier Menschen zur Markttätigkeit – Freiheit ist der Ausgangspunkt der Marktätigkeit und nicht die Folge. Der Ausgangspunkt der sogenannten Ordoliberalen war die Unfreiheit des vermachteten Marktes durch Kartelle.

Aber Ausgangspunkt des Philosophen Lindner war ja die Studie von Kate Pickett und Richard Wilkinson. Vorweg sei zunächst gesagt, dass gewiss manche Rezensenten Zweifel angemeldet haben, aber so einflussreiche Zeitungen wie der „Economist“ oder die FAZ haben die Schrift positiv gewürdigt. Vor allen geht es den Autoren nicht um den Zusammenhang von Zufriedenheit und Gleichheit, sondern ob sich Ungleichheit bzw. Gleichheit rentiert. Zu diesem Zweck haben die Wissenschaftler anhand von über zweihundert Datensätzen der Industrienationen Lebensqualitätsparameter wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Gesundheitszustand der Bürger, Bildungsniveau usw. verglichen und ins Verhältnis zum Grad der materiellen Ungleichheit gesetzt. Die NDS haben auf das Ergebnis, das klar zugunsten egalitärer Gesellschaften ausfällt, hingewiesen. Ein Gleichheitszuwachs vermindert für die gesamte Gesellschaft die Kosten der durch Armut erzeugten sozialen und gesundheitlichen Probleme. Es geht nicht, wie Lindner suggerieren will, einfach um die Zufriedenheit einer Gesellschaft – für den Politiker natürlich naheliegend – , sondern um den Nutzen für die Gesellschaft. Leider wird Lindner dort philosophisch, wo er den Nutzen der Ungleichheit für die Gesamtgesellschaft anhand

wissenschaftlicher Literatur nachweisen sollte. Allerding wird der state of the art in den Wirtschaftwissenschaften von empirischen Studien von Persson/Tabellini, Alesina/Rodrik und Birdsall/Londono definiert: Zwischen der Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und wirtschaftlichem Wachstum besteht ein negativer Zusammenhang.

Eine unlängst erschienene Studie konzentriert sich auf Ungleichheit und die aktuelle Finanzkrise:

> **Laut IWF löste zu stark steigender Reichtum der Superreichen Finanzkrise aus**
> Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ist die Produktion im Gleichgewicht, wenn die freie Verteilung von Gewinnen auf die Unternehmen dafür sorgt, dass die Ressourcen effizient auf die entsprechenden Marktteilnehmer verteilt werden. Nach dem gleichen Muster sind privater Konsum und Investitionen ausgewogen verteilt, wenn das Einkommen proportional zwischen der breiten Gesellschaft und den Reichen verteilt ist. Wenn allerdings der Reichtum überproportional an die Superreichen geht, ist das Gleichgewicht gestört. Die Superreichen, oder auch die Investorenklasse, verbrauchen nur einen kleinen Teil ihres Einkommens. Stattdessen suchen sie Wege, es zu investieren. Je mehr ihr Reichtum wächst, desto mehr Finanzprodukte fragen sie nach.
> Die mittleren und unteren Klassen müssen sich von den Reichen Geld leihen, um vorübergehend ihren Verbrauch aufrechterhalten zu können beziehungsweise mit dem Wirtschaftswachstum Schritt zu halten. Doch ohne eine entsprechende Erhöhung des Realeinkommens können sie ihre Schulden nicht zurückzahlen, die sich dadurch auftürmen und in untragbare Höhen wachsen. Schließlich platzt die Blase, der Finanzsektor gerät in eine Krise und die Realwirtschaft schrumpft.
> Laut den Ökonomen Michael Kumhof und Romain Rancière, die die IWF-Studie verfassten, hat sich der Anteil der privaten Kredite am BIP in den USA zwischen 1980 und 2007 mehr als verdoppelt.
> Quelle: International Business Times

> **Inequality, Leverage and Crises**
> This paper has presented stylized facts and a theoretical framework that explore the nexus between increases in the income advantage enjoyed by high income households, higher debt leverage among poor and middle income households, and vulnerability to financial crises. This nexus was prominent prior to both the

> Great Depression and the recent crisis. In our model it arises as a result of increases in the bargaining power of high income households. The key mechanism, reflected in a rapid growth in the size of the financial sector, is the recycling of part of the additional income gained by high income households back to the rest of the population by way of loans, thereby allowing the latter to sustain consumption levels, at least for a while. But without the prospect of a recovery in the incomes of poor and middle income households over a reasonable time horizon, the inevitable result is that loans keep growing, and therefore so does leverage and the probability of a major crisis that, in the real world, typically also has severe implications for the real economy.
> Quelle 1: IMF [PDF – 980 KB]
> Quelle 2: Eine Kurzfsssung bietet Finance & Development December 2010 [PDF – 320 KB]

Anmerkung Orlando Pascheit: Die Studie von Michael Kumhof und Romain Rancière beruht auf Modellrechnungen, und eine wesentliche Annahme des Modells ist eine geschlossene Volkswirtschaft. In künftigen Arbeiten beabsichtigen die Autoren das Modell zu einer offenen Volkswirtschaft zu erweitern. Sie gehen davon aus, dass derselbe Mechanismus, nämlich die Ausweitung der Kreditvergabe durch hohe Einkommen, sich dann nicht nur auf inländische Haushalte mit armen und mittleren Einkommen, sondern auch auf ausländische Haushalte erstreckt. Die andere Seite des Kapitalbilanzüberschusses in dem fremden Land wäre eine Erhöhung seines Leistungsbilanzdefizits. Dieser Mechanismus könnte erklären, dass die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte durch die Erhöhung der Einkommensungleichheit in den Überschussländern ausgelöst worden seien.

Anmerkung Albrecht Müller zum letzten Satz des Kommentars: Bei aller Sympathie für die analytische Stärke von Orlando Pascheit: Es wäre zwar sympathisch, der schlimmen Entwicklung der Einkommensverteilung die Verantwortung für die Leistungsbilanzungleichgewichte und die Finanzkrise zuschieben zu können. Für schlüssig halte ich das nicht. Sie mag mitverantwortlich gewesen sein. Siehe dazu auch die Diskussion auf den NachDenkSeiten im November 2008 und zu Beginn des Jahres 2009.